



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge

# Jahresbericht des Beirats für Forschungsmigration 2022

gemäß § 38d Abs. 3 Aufenthaltsverordnung



# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort.....</b>	<b>5</b>
<b>I. Beirat für Forschungsmigration .....</b>	<b>7</b>
1. Zusammensetzung des Beirates.....	7
2. Aufgaben des Beirates.....	8
<b>II. Aufgaben des Bundesamtes in der Forschungsmigration und Fachkräfteeinwanderung.....</b>	<b>9</b>
1. Verbesserung und Ausführung von Verwaltungsverfahren.....	9
2. Information und Beratung von Fachkräften.....	9
3. Stärkung beruflicher und gesellschaftlicher Integration .....	10
4. Koordinierung der Themen der Fachkräfteeinwanderung im Bundesamt.....	11
5. Anerkennung von Forschungseinrichtungen nach § 38a AufenthV.....	11
<b>III. Relevante Entwicklungen in Recht, Verwaltungsverfahren und Politik.....</b>	<b>12</b>
1. Politische Rahmenbedingungen im Berichtsjahr 2022.....	12
2. Eckpunktepapier zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten und Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung.....	12
2.1 Fachkräftesäule .....	12
2.2 Erfahrungssäule.....	13
2.3 Potenzialsäule .....	13
2.4 Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung.....	13
3. Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts .....	13
<b>IV. Tätigkeiten des Beirates .....</b>	<b>15</b>
1. Berichte der Beiratsmitglieder zu den politischen Entwicklungen.....	16
2. Erfahrungen mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und Weiterentwicklung des Rechtsrahmens.....	16
2.1 Begleitforschungsprojekt zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz.....	16
2.2 Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens zur Fachkräfteeinwanderung.....	17
3. Steigerung der Attraktivität Deutschlands für Start-up-Gründungen aus dem Ausland ...	18

3.1 EMN-Studie zur Anwerbung und Förderung außereuropäischer Start-ups in Deutschland .....	18
3.2 Diskussionspapier des Beirats für Forschungsmigration — „Anwerbung und Förderung von Start-up-Gründungen durch Drittstaatsangehörige in Deutschland“.....	19
3.3 Ergänzende Diskussion im Beirat.....	21
4. Praxisprobleme auf Verwaltungsebene.....	22
<b>V. Ausblick .....</b>	<b>23</b>
<b>Anlage: Steckbriefe der Beiratsmitglieder .....</b>	<b>24</b>
Mitglieder des Beirats gemäß § 38d Abs. 5 AufenthV.....	24
Mitglieder im Wege der Kooption.....	28

# Vorwort

Das Jahr 2022 könnte sich in der Rückschau als der Zeitpunkt erweisen, in dem der Fachkräftemangel der breiten Öffentlichkeit bewusst wurde. Seit Jahrzehnten zeigen die Bevölkerungsprognosen einen langsamen Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung, der sich mit der anstehenden Verrentung der „Babyboomer“ beschleunigen wird. Immer häufiger berichteten Medien im vergangenen Jahr darüber, dass Unternehmen händeringend nach Fachkräften suchen.

Mögliche Antworten auf den Fachkräftemangel umfassen die Erschließung inländischer Potenziale ebenso wie die Zuwanderung von Arbeitskräften. Viele Fachkräfte kamen in den vergangenen zehn Jahren im Rahmen der Freizügigkeit aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Doch auch diese sind zunehmend vom demographischen Wandel betroffen und so richtet sich der Blick auf Drittstaaten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nimmt insoweit wichtige Aufgaben wahr, bei denen es der Beirat für Forschungsmigration berät und unterstützt.

Hierzu gehört, dass der Beirat dem Präsidenten des Bundesamtes mindestens einmal im Kalenderjahr einen Bericht über die Erfüllung seiner Aufgaben vorlegt (§ 38d Abs. 3 Aufenthaltsverordnung – AufenthV).

Die Übergabe des letzten Jahresberichtes für das Jahr 2021 an den Präsidenten des Bundesamtes, Dr. Hans-Eckhard Sommer, erfolgte am 10. Juni 2022.

Mit dem vorliegenden Jahresbericht für den Berichtszeitraum 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022, wird die 2020 wieder aufgenommene schriftliche Berichterstattung fortgeführt. Der Bericht soll durch den Beiratsvorsitzenden am 4. Mai 2023 an die Amtsleitung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge übergeben werden.

Informationen zum Beirat, seinem gesetzlichen Auftrag sowie zu den Aufgaben des Bundesamtes sind in den Kapiteln I. und II. dieses Berichts zusammengefasst.

Nach dem Ende der Covid-19-Pandemie und den damit einhergehenden Reisebeschränkungen gewann das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das im März 2020 in Kraft getreten war, an praktischer Bedeutung. Doch bereits heute zeichnet sich ab, dass diese wichtigen Reformen vermutlich nicht ausreichen werden. Aktuell berät die Politik über ein Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung. Hierbei zeigt sich immer wieder, dass die Umsetzung ein zentraler Faktor ist, wenn man die Fachkräfteeinwanderung wirksam regeln und gestalten möchte. Es geht um die Beratung von Fachkräften und Unternehmen ebenso wie um die Bereitstellung effektiver Verwaltungsstrukturen sowie eine möglichst reibungsfreie Zusammenarbeit zwischen den Behörden und deren „Kundschaft“ im In- und Ausland. Einen kurzen Überblick zu den für die Arbeit des Beirats relevanten politischen Entwicklungen bietet das Kapitel III. des vorliegenden Berichts.



*Übergabe des Jahresberichtes von 2021:*

*Dr. Hans-Eckhard Sommer (Präsident des Bundesamtes)  
und Herr Prof. Dr. Thym (Beiratsvorsitzender)*



Prof. Dr. Thym, Beiratsvorsitzender

All dies sind Ansatzpunkte, bei denen der Beirat einen Mehrwert leistet, indem er die relevanten Akteure vernetzt und Vorschläge unterbreitet, wie die gesetzlichen Regelungen effektiv angewendet werden können.

Wie dem unter IV. befindlichen Bericht zu den Tätigkeiten des Beirats im Berichtsjahr zu entnehmen ist, hat sich der Beirat im Berichtszeitraum im Rahmen seiner regelmäßigen Sitzungen sowohl intensiv mit der Bewertung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und dessen Weiterentwicklung befasst (Kap. IV. 1. und IV.3.1.) als auch implizit wie explizit mit den Schwierigkeiten des deutschen Einwanderungssystems auf der Verwaltungsebene (s. insb. Kap. IV.3).

Ein Thema, das aus Sicht des Beirats im politischen Diskurs überraschend wenig Aufmerksamkeit bekommt, ist zudem die Anwerbung von Start-up-Gründerinnen und -Gründern, die als Selbstständige nach Deutschland kommen, um hier unternehmerisch aktiv zu werden. Im Jahr 2022 war dies ein Schwerpunkt des Beirats (Kap. IV.2.). Ein zentrales Ergebnis der Beratungen hierzu ist das vom Beirat verfasste Diskussionspapier zur „Anwerbung und Förderung von Start-up-Gründungen durch Drittstaatsangehörige in Deutschland“, das hiermit einen Beitrag zur Wahrnehmung und Relevanzsetzung des Themas im politischen Diskurs leisten soll. Das Diskussionspapier ist in den unter IV. befindlichen Bericht zu den Tätigkeiten des Beirats im Berichtsjahr eingefügt.

Ich danke dem Bundesamt, insbesondere der Geschäftsstelle des Beirates im Referat für Aufenthaltsrecht, Fachkräfteeinwanderung und EU-Mobilität, dafür, dass sie die Redaktion dieses Jahresberichts begleitet und auch ansonsten die Arbeit des Beirats kompetent und engagiert unterstützt.

A handwritten signature in black ink that reads "Daniel Thym".

Prof. Dr. Daniel Thym  
Vorsitzender des Beirats für Forschungsmigration beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

# I. Beirat für Forschungsmigration

Die Rechtsgrundlage des Beirats für Forschungsmigration bildet § 38d AufenthV in Verbindung mit § 75 Nr. 10 Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Die Geschäftsstelle des Beirates ist im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Referat 72A, zuständig für Aufenthaltsrecht, Fachkräfteeinwanderung und EU-Mobilität, angesiedelt.

## 1. Zusammensetzung des Beirates

Der Beirat für Forschungsmigration besteht aus dem Vorsitzenden und acht ordentlichen Mitgliedern, welche i. d. R. für die Dauer von drei Jahren durch den Präsidenten des Bundesamtes berufen werden.

Vorsitzender des Beirats war im Berichtsjahr 2022 Herr Prof. Dr. Daniel Thym, Professor für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht sowie Direktor des Forschungszentrums Ausländer- und Asylrecht (FZAA) an der Universität Konstanz.

Im Beirat waren als Mitglieder tätig auf Vorschlag

- des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF): Herr Ralf Maier, BMBF, Leiter des Referates Hochschulrecht, Exzellenzstrategie, DFG; Vertretung: Frau Dr. Christine Meyer, BMBF, Referentin im Referat Hochschulrecht, Exzellenzstrategie, DFG
- des Bundesrates: Herr Dr. Jochen Zühlcke, Regierungspräsidium Karlsruhe, Leiter der Abteilung für Flüchtlingsangelegenheiten
- der Hochschulrektorenkonferenz (HRK): Herr Thomas Böhm, Geschäftsstelle der HRK, Leiter des Referates Hochschul- und Wissenschaftsbeziehungen zu Afrika und dem Nahen Osten, Ausländerstudium und Anerkennung
- der Deutschen Forschungsgemeinschaft e.V. (DFG): Frau Kathrin Kohs, DFG, stellvertretende Leiterin der Gruppe Internationale Zusammenarbeit
- des Auswärtigen Amtes: Frau Dr. Annette Weerth, Auswärtiges Amt, Leiterin des Referats Grundsatz Ausländer-, Asylrecht und Visumrecht, Ausländerpolitik, Rückkehrfragen
- des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDI/BDA): Herr Dr. Nicolas Keller, BDA, stellvertretender Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt
- des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB): Frau Sonja Staack, tätig für den ver.di-Bundesvorstand, u. a. Leitung der Bundesarbeitsgruppen Hochschulen und Forschungseinrichtungen
- des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK): Herr Dr. Christian Tidona, Gründer und Geschäftsführer der BioMed X GmbH.

Im Wege der Kooption waren 2022 folgende Einrichtungen im Beirat für Forschungsmigration vertreten:

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Herr Björn Borgwardt, BMAS, Leiter des Referates Grundsatzfragen der Flüchtlingspolitik, Ausländerrecht und Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer

- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Frau Dr. Charlotte Lauer, BMWK, Leiterin des Referates Fachkräftesicherung
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD): Herr Dr. Christian Schäfer, DAAD, Leiter des Referates Forschung und Studien

Im Beirat sind somit insgesamt zwölf Mitglieder versammelt. Zudem ist das Bundesministerium des Innern und für Heimat fachlich beratend in den Sitzungen des Beirats vertreten.

Zu allen Beiratsmitgliedern befinden sich in der Anlage des Jahresberichtes weiterführende Informationen in Form von Steckbriefen.

## **2. Aufgaben des Beirates**

Gemäß § 38d AufenthV unterstützt der Beirat das Bundesamt ehrenamtlich bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben zu Fragen der Forschungsmigration.

Die Aufgaben des Beirats sind insbesondere:

- Empfehlungen für allgemeine Richtlinien zur Anerkennung von Forschungseinrichtungen abzugeben,
- das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge allgemein und bei der Prüfung einzelner Anträge zu Fragen der Forschung zu beraten,
- festzustellen, ob ein Bedarf an ausländischen Forschenden durch die Anwendung des in § 18d AufenthG und in Abschnitt 3a der AufenthV geregelten Verfahrens angemessen gedeckt wird,
- im Zusammenhang mit dem in § 18d AufenthG und in Abschnitt 3a der AufenthV geregelten Verfahren etwaige Fehlentwicklungen aufzuzeigen und dabei auch Missbrauchsphänomene oder verwaltungstechnische und sonstige mit Migrationsfragen zusammenhängende Hindernisse bei der Anwerbung von ausländischen Forschenden darzustellen.

Seit 2012 befasst sich der Beirat außerdem mit den Aufenthaltsmöglichkeiten für Forschende über den § 18d AufenthG hinaus, beispielsweise mit der Blauen Karte EU. Auch die Zuwanderung von ausländischen Studierenden und Promovierenden spielt eine wichtige Rolle im Zuge der Forschungsmigration.

Seit Inkrafttreten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (FEG) am 1. März 2020 besteht der Beratungsbedarf des Bundesamts über die Forschungsmigration hinaus auch in Bezug auf sein weitgefasstes Aufgabenportfolio im Kontext der Fachkräfteeinwanderung. Seit 2021 nimmt der Beirat deshalb zunehmend alle Fachaufgaben des Bundesamtes in der Fachkräfteeinwanderung sowie alle Zielgruppen des FEG in den Blick.



## II. Aufgaben des Bundesamtes in der Forschungsmigration und Fachkräfteeinwanderung

Das Bundesamt unterstützt die Fachkräftegewinnung maßgeblich durch die Optimierung von Verwaltungsverfahren sowie durch zentrale Kanäle zur Information und Beratung. Mit vielfältigen Angeboten wie Integrations- und Berufssprachkursen unterstützt es Fachkräfte und ihre Familienangehörigen bei der nachhaltigen Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft.

Um Einwanderungstrends und Änderungsbedarfe zeitnah verfolgen zu können und politischen wie privaten und wissenschaftlichen Bedarfsträgern Informationen bereitzustellen, werden durch das Forschungszentrum des Bundesamtes zudem Daten zur Fachkräfteeinwanderung aufbereitet, analysiert und veröffentlicht. Regelmäßig erfolgt dies im jährlichen Migrationsbericht sowie im halbjährlich erscheinenden Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration. Darüber hinaus führt das Forschungszentrum ein Begleitforschungsprojekt zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz und dem damit eingeführten beschleunigten Fachkräfteverfahren nach § 81a AufenthG durch.

### 1. Verbesserung und Ausführung von Verwaltungsverfahren

Neben seinem Auftrag als Geschäftsstelle des Beirates für Forschungsmigration gemäß § 38d Abs. 1 AufenthV ist das Bundesamt für die Anerkennung von Forschungseinrichtungen in Deutschland gemäß § 38a AufenthV zuständig. Als Nationale Kontaktstelle für EU-Mobilität nimmt das Bundesamt zudem Mobilitätsmitteilungen für Forschende, Studierende und unternehmensintern Transferierte entgegen und prüft diese. Die Nationale Kontaktstelle nimmt dabei auch eine koordinierende Rolle zwischen den deutschen Ausländerbehörden und den Nationalen Kontaktstellen der anderen Mitgliedstaaten ein.

Darüber hinaus hat das Bundesamt gemäß § 75 Nr. 1 AufenthG die Koordinierung der Informationen über den Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit zwischen den Ausländerbehörden, der Bundesagentur für Arbeit (BA) und den für Pass- und Visaangelegenheiten vom Auswärtigen Amt ermächtigten deutschen Auslandsvertretungen als gesetzliche Aufgabe inne.

Insbesondere durch den Austausch mit den in § 75 Nr. 1 AufenthG genannten Behörden und den beteiligten Ressorts im Rahmen von Expertenkreisen sowie durch Beiträge des Beirats für Forschungsmigration konnten in den letzten Jahren wichtige Erkenntnisse im Bereich Verwaltungsverfahren mit Bezug zur Fachkräfteeinwanderung gewonnen werden.

Ermittelte Änderungsbedarfe wurden beispielsweise bei der Überarbeitung der Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) zum FEG im Sommer 2021 aufgenommen.

### 2. Information und Beratung von Fachkräften

Das Bundesamt ist auch in anderen Bereichen mit Bezug auf die Fachkräfteeinwanderung tätig. Insbesondere betreibt das Bundesamt in Kooperation mit der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der BA die „Hotline Arbeiten und Leben in Deutschland“ (ALiD), die der

zentrale Informations- und Beratungskanal für Zuwanderungsinteressierte und deren Angehörige im In- und Ausland sowie Unternehmen und Behörden in Deutschland ist.

Das BAMF informiert hierbei zu den Themen Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, Einreise und Aufenthalt sowie Spracherwerb. Im Jahr 2022 wurden diesbezüglich durch die ALiD allein im BAMF 71.409 telefonische und schriftliche Anfragen beantwortet.

Für Ausländer, die sich bereits im Bundesgebiet aufhalten, bieten die vom BAMF verwalteten Migrationsberatungen für erwachsene Zuwanderer (MBE) neben einer Erstorientierung bei Bedarf eine vertiefte individuelle Beratung in Form eines Case-Managements.

### **3. Stärkung beruflicher und gesellschaftlicher Integration**

Um Fachkräften und deren Familienangehörigen den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern, tritt das Bundesamt auch als zentraler Akteur im Bereich Integration auf. So verantwortet das Bundesamt bei der sprachlichen Qualifikation sowohl die Integrationskurse (bis Niveau B1 GER), an denen auch Fachkräfte und ihre mitreisenden Familienangehörigen teilnehmen können, als auch die Berufssprachkurse. Die Berufssprachkurse bilden das bundesweite Regelinstrument der berufsbezogenen Sprachförderung u. a. für Personen, die das Anerkennungsverfahren für ihren im Ausland erworbenen Berufs- bzw. Ausbildungsabschluss durchlaufen.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben verfügt das BAMF über eine gewichtige Präsenz in der Fläche. Hierdurch konnten die Außendienstmitarbeitenden der Berufssprachkurse sowie die Regionalkoordinatoren und Regionalkoordinatorinnen im Integrationskurs in den vergangenen Jahren umfangreiche Netzwerkarbeit leisten. Im Rahmen regelmäßiger Austausche mit den Arbeitsagenturen, den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern sowie zahlreichen anderen Akteuren im Bereich der Fachkräftegewinnung konnte so u. a. bereits eine Vielzahl bedarfsorientierter Sprachkurskonzepte entwickelt und umgesetzt werden.

Im Kontext der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen ist darüber hinaus das vom BAMF administrierte Förderprogramm "Integration durch Qualifizierung" (IQ) von Bedeutung, welches den Aufbau von Netzwerken in der Fläche ermöglicht. Ziel des Förderprogramms ist dabei die dauerhafte und qualifizierte Arbeitsmarktintegration von Fachkräften durch Angebote zur Beratung sowie Teilnahme an entsprechenden (Nach-)Qualifizierungsmaßnahmen.

Damit Fachkräfte und ihre Familien sich dauerhaft im Bundesgebiet niederlassen, ist es letztlich von größter Bedeutung, dass zusätzlich zur sprachlichen und beruflichen Integration auch die gesellschaftliche Integration und die politische Teilhabe gelingen. Hierbei spielt beispielsweise das vom BAMF geförderte Programm "Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Vor Ort. Vernetzt. Verbunden" eine wesentliche Rolle.

Schließlich verwaltet das Bundesamt ein weiteres wichtiges Förderprogramm, den „Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds“ (AMIF) der Europäischen Union, und agiert hierbei als zentrale Beratungs- und Bewilligungsstelle für AMIF-Förderungen in Deutschland. Damit können Projekte von deutschen Trägern im In- und Ausland rund um die Fachkräfteeinwanderung und -integration zielgerichtet durch das BAMF unterstützt werden.

#### **4. Koordinierung der Themen der Fachkräfteeinwanderung im Bundesamt**

Aufgrund des vielfältigen und breiten Aufgabenspektrums des Bundesamtes wurde Ende 2019 die Koordinierungsstelle Fachkräfteeinwanderung als neuer Aufgabenbereich im Referat 72A für Aufenthaltsrecht, Fachkräfteeinwanderung, EU-Mobilität eingerichtet.

Ziel ist es, das FEG im Bundesamt zu begleiten und zentral zu organisieren. Die Koordinierungsstelle bündelt daher Informationen zur Fachkräfteeinwanderung, gibt sie an die involvierten Fachbereiche im Bundesamt weiter und vernetzt diese untereinander.

Da die Koordinierungsstelle Fachkräfteeinwanderung mit der Geschäftsstelle des Beirates für Forschungsmigration verzahnt ist, können die Expertise und die Beratung des Beirates zielführend für die Aufgaben des Bundesamts in der Fachkräfteeinwanderung eingesetzt werden.

#### **5. Anerkennung von Forschungseinrichtungen nach § 38a AufenthV**

Das Bundesamt ist darüber hinaus gemäß § 38a AufenthV für die Anerkennung von Forschungseinrichtungen sowie gemäß § 38e und § 38a Abs. 3 Satz 3 AufenthV für die Veröffentlichung einer Liste der anerkannten Forschungseinrichtungen zuständig.

Das Verfahren wurde am 1. Dezember 2007 im Rahmen der nationalen Umsetzung der Richtlinie 2005/71/EG über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung eingeführt und zum 1. August 2017 durch Umsetzung der Richtlinie 2016/801/EU über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken (REST-Richtlinie) reformiert. Im Zuge dessen kam es u. a. zu Vereinfachungen für staatliche oder staatlich anerkannte Hochschulen sowie andere Forschungseinrichtungen, deren Tätigkeit überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird. Diese gelten seitdem nach § 38a Abs. 4a AufenthV kraft Gesetzes als anerkannte Forschungseinrichtungen.

Im Jahr 2022 wurden vom Bundesamt elf Anerkennungen von Forschungseinrichtungen neu registriert. Hierbei handelte es sich in fünf Fällen um überwiegend öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen, deren Anerkennung vom Bundesamt festgestellt wurde, und in sechs Fällen um überwiegend privat finanzierte Forschungseinrichtungen, deren Anträge auf Anerkennung vom Bundesamt geprüft und bewilligt wurden. Zusätzlich wurde bei drei überwiegend privat finanzierten Forschungseinrichtungen die Anerkennung auf Antrag verlängert. Darüber hinaus gab es zahlreiche Verlängerungsanfragen von überwiegend öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen, deren Anerkennung vor der o. g. Gesetzesänderung von 2017 erfolgte und dadurch ebenfalls noch auf fünf Jahre befristet wurde. Da ihre Anerkennung seit 2017 nach § 38a Abs. 4a AufenthV kraft Gesetzes ohne Anerkennungsverfahren und unbefristet gilt, war eine erneute Feststellung der Anerkennung dieser Forschungseinrichtungen nicht erforderlich.

Weiterhin wurden von der Anerkennungsstelle im Bundesamt 34 Anfragen in Bezug auf die Anerkennung von Forschungseinrichtungen oder artverwandte Themen beantwortet.

Die Liste der anerkannten Forschungseinrichtungen sowie der ggf. abgegebenen Kostenübernahmeerklärungen nach § 38e AufenthV ist auf der Homepage des Bundesamtes unter [www.bamf.de/forschungseinrichtungen](http://www.bamf.de/forschungseinrichtungen) veröffentlicht.

# III. Relevante Entwicklungen in Recht, Verwaltungsverfahren und Politik

## 1. Politische Rahmenbedingungen im Berichtsjahr 2022

Der Koalitionsvertrag vom 26. September 2021 zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sah für den Bereich der Arbeitskräfteeinwanderung einige Veränderungen vor. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat den ursprünglichen Zeitplan für neue Gesetzesvorhaben in 2022 signifikant verändert.

Der Zuzug Millionen Geflüchteter aus der Ukraine in die Europäische Union und die erstmalige Aktivierung der Richtlinie 2011/55/EG zum vorübergehenden Schutz stellte Kommunen, Länder und den Bund bei der Umsetzung eines bisher noch nie angewandten Schutzmechanismus vor große Herausforderungen. Eine gesetzliche Normierung war mit § 24 AufenthG zwar schon lange vorhanden, allerdings mussten handhabbare Lösungen, praktische Durchführungsbestimmungen sowie IT-Anwendungen entwickelt werden. Die personellen Kapazitäten, die durch die Covid-Krise der Jahre zuvor bereits angespannt waren, wurden dadurch auf allen Ebenen noch knapper.

Bei der Umsetzung der Weiterentwicklung des Migrationsrechts konzentrierte sich die Bundesregierung daher zunächst nur auf die Einführung eines Chancenaufenthaltsrechts und stellte die geplanten Änderungen für die Fachkräfteeinwanderung vorerst zurück.

## 2. Eckpunktepapier zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten und Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

Am 30. November 2022 veröffentlichte die Bundesregierung das sogenannte Eckpunktepapier zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten. Neben der Weiterentwicklung des Rechtsrahmens zur Fachkräfteeinwanderung setzt die Bundesregierung hierbei u. a. auf Werbemaßnahmen, Vermittlung und Matching sowie auf Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Auch die Gewinnung von Studierenden als Fachkräfte von morgen und Forschenden wird in den Eckpunkten durch verschiedene Maßnahmen adressiert.

Im Vollzug wird begleitend weiter im In- und Ausland in den deutschen Spracherwerb als Schlüsselkompetenz für eine erfolgreiche Integration investiert. Zugleich sollen gemeinsam mit den Ländern und Kammern die Anerkennungsverfahren von ausländischen Bildungsabschlüssen optimiert, vereinfacht und beschleunigt sowie die zugehörigen Maßnahmen zur Unterstützung und (Nach)-Qualifizierung ausgebaut werden.

Insgesamt sollen die Verfahren und Prozesse verbessert werden und bei der gesellschaftlichen Integration die Willkommens- und Anerkennungskultur weiter gestärkt werden.

Für die rechtliche Weiterentwicklung soll die Fachkräftegewinnung zukünftig auf drei Säulen ruhen:

### 2.1 Fachkräftesäule

Das mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz 2020 entwickelte System für eine Zuwanderung von anerkannten ausländischen Fachkräften soll nach wie vor das Rückgrat der Erwerbsmigration nach Deutschland bilden und weiterentwickelt werden. Folgende Änderungen sind geplant:

- Zukünftig soll eine anerkannte Qualifikation grundsätzlich zu jeder qualifizierten Beschäftigung in nicht-reglementierten Berufen berechtigen. Die Gehaltsgrenzen für den Erhalt einer Blauen Karte EU sollen gesenkt werden und insbesondere für Berufseinsteiger und Engpassberufe eine abgesenkte Gehaltsschwelle gelten. Eine Einreise zur Qualifikationsanalyse zur Prüfung der Kompetenzen soll möglich werden. Während der Nachqualifizierung im Inland soll es weitere Erleichterungen geben, um beispielsweise noch flexibler währenddessen arbeiten zu können und dies mit dem Arbeitgeber zu planen.
- Um dem Qualitätssiegel der Berufsanerkennung zukünftig noch mehr Gewicht zu geben, soll Fachkräften bereits nach drei Jahren der Erwerb einer Niederlassungserlaubnis ermöglicht werden.
- Auch für angehende Fachkräfte, die sich noch im Studium oder in der Ausbildung befinden, soll der Standort Deutschland als Bildungsort attraktiver gemacht werden. Hierzu soll beispielsweise die Vorrangprüfung für die Einreise zur Aufnahme einer Ausbildung abgeschafft werden. Die Beschäftigung während des Studiums soll weiter flexibilisiert und die Möglichkeit von Nebenbeschäftigungen bei Bildungsaufenthalten ausgebaut werden.
- Die Eckpunkte sehen auch vor, Hürden für Forschende und Promovierende abzubauen.

## **2.2 Erfahrungssäule**

Abseits der formalen Qualifikation als Fachkraft soll es zukünftig mehr Einwanderungsmöglichkeiten für berufserfahrene Menschen aus Drittstaaten geben. Als Zuwanderungsvoraussetzungen werden eine mindestens zweijährige Berufserfahrung in dem auszuübenden Beruf und eine im Herkunftsstaat staatlich anerkannte mindestens zweijährige Ausbildung gesehen. Die bestehenden Regelungen für IT-Spezialisten sollen noch attraktiver gestaltet und bei Anerkennungspartnerschaften zwischen Drittstaatsangehörigen und Arbeitgebern vor der Einleitung eines Anerkennungsverfahrens Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

## **2.3 Potenzialsäule**

Zusätzlich soll es eine sogenannte Chancenkarte zur Arbeitsplatzsuche auf Basis eines Punktesystems geben, die Drittstaatsangehörigen mit gutem Potenzial einen Aufenthalt in Deutschland ermöglicht. Auswahlkriterien sollen u. a. die Qualifikation, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung, der Deutschlandbezug und das Alter sein.

## **2.4 Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung**

Auf Basis der im Eckpunktepapier skizzierten Pläne wurde unter Federführung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ein Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung erstellt. Diesen hat die Bundesregierung am 29. März 2023 beschlossen. Er wird vermutlich im Laufe des Jahres 2023 parlamentarisch umgesetzt werden.

## **3. Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts**

Am 31. Dezember 2022 ist das Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts in Kraft getreten. Für den Bereich der Fachkräfteeinwanderung hat sich daraus für den Familiennachzug zu Fachkräften und besonders qualifizierten Personen eine Erleichterung bei den Spracherfordernissen

ergeben. Der Sprachnachweis für die Einreise zum Familiennachzug von Ehegatten und älteren Kinder (über 16 Jahren), von dem bislang bereits die Angehörigen von Inhaberinnen und Inhabern der Blauen Karte EU, ICT-Karte, Mobiler-ICT-Karte sowie der Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung ausgenommen waren, entfällt nun auch für die Ehegatten und Kinder aller anderen Fachkräfte und besonders qualifizierten Personen.

Ebenfalls wurden die bewährten Regelungen aus dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz zum Aufenthalt zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und die Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplatz entfristet.



## IV. Tätigkeiten des Beirates

Im Berichtszeitraum hat der Beirat zwei Mal getagt. Die erste Sitzung erfolgte am 10. Juni 2022 zum 15-jährigen Bestehen des Beirats im BAMF. Die zweite Sitzung am 17. November 2022 fand turnusgemäß in virtueller Form statt.

Beide Sitzungen standen inhaltlich u. a. unter dem Einfluss der aus dem Koalitionsvertrag vom Dezember 2021 hervorgehenden Gesetzespakete – und hierbei insbesondere den Planungen für ein Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung – sowie der Krise infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine.



*Mitglieder des Beirats für Forschungsmigration und Mitarbeitende des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bei der Übergabe des Jahresberichts 2021 im Rahmen der Sitzung am 10. Juni 2022*

Im Einzelnen befasste sich der Beirat mit folgenden Themen:

## **1. Berichte der Beiratsmitglieder zu den politischen Entwicklungen**

In der ersten Sitzung am 10. Juni 2022 diskutierte der Beirat zunächst die aktuellen politischen Entwicklungen im Kontext der Einwanderung von Forschenden und Fachkräften.

Allem voran wurden in der Sitzung die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt durch die steigende Zuwanderung aus der Ukraine und Russland infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine diskutiert. Hierbei versuchten u. a. viele Hochqualifizierte, meist aus dem IT-Bereich, über Anrainerstaaten nach Deutschland einzureisen. Seitens des Auswärtigen Amts (AA) wurden diesbezüglich bereits verfahrensbeschleunigende Regelungen getroffen.

AA betrachtet ferner die Einrichtung und Arbeitsaufnahme des Bundesamts für Auswärtige Angelegenheiten (BfAA) als eine maßgebliche Hilfe bei der Bewältigung der Vielzahl an Anträgen zwecks Weiterbeschäftigung russischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Deutschland. Aufgrund der zunehmenden hohen Nachfrage nach Visa weltweit soll darüber hinaus auch die Bearbeitung von Anträgen im Bereich der Fachkräfteeinwanderung bei bestimmten Auslandsvertretungen (z. B. in Indien) durch das BfAA geprüft werden.

Zu den Detailfragen der Einreise und des Aufenthalts zu Zwecken des Studiums und der Forschung stehe das AA im Austausch mit den zuständigen Stellen, u. a. dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). In diesem Rahmen wird auch eine Handreichung für die Hochschulen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen erstellt, die auf der Internetseite des Auswärtigen Amts öffentlich zur Verfügung gestellt werden soll.

BMAS vermeldete, dass u. a. durch den Zugang zu Integrationsleistungen nach dem SGB III die Arbeitsmarktintegration der ukrainischen Zuwandernden begünstigt wurde. Beobachtet werde, wie die Einbindung in den Arbeitsmarkt von Menschen ohne anerkannten Berufsabschluss, aber mit entsprechender Qualifikation gelinge.

## **2. Erfahrungen mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und Weiterentwicklung des Rechtsrahmens**

Der Beirat befasste sich im Berichtszeitraum intensiv mit der Bewertung der Maßnahmen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vom März 2020 und dessen Weiterentwicklung.

### **2.1 Begleitforschungsprojekt zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz**

Im Rahmen der ersten Sitzung stellten Mitarbeitende des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des BAMF erste Ergebnisse des Begleitforschungsprojektes zum FEG vor, welches im Auftrag des BMI durchgeführt wird. Die Ergebnisse stammten aus ersten Analysen von AZR- und Visadaten sowie einer Befragung in ausgewählten Ausländerbehörden und Zentralstellen. Weitere Ergebnisse werden durch den zweiten Teil des Projektes (Interviews mit ausgewählten deutschen Auslandsvertretungen) folgen. Die Perspektive der Unternehmen sowie der antragstellenden Fachkräfte kann hierbei nur indirekt durch Berichte der Befragten mit eingebracht werden.

Erste Erkenntnisse aus den qualitativen Interviews ließen dabei u. a. Umsetzungs- und Vollzugsschwierigkeiten erkennen, die im Beirat in der Folge umfassend diskutiert wurden. Im Zuge dessen wurde die Überlastung von Ausländerbehörden und deutschen Auslandsvertretungen sowie die mangelnde Transparenz des nationalen Aufenthaltsrechts als entscheidende Faktoren für die mangelnde Attraktivität Deutschlands als Zuwanderungsland herausgestellt, welche ungeachtet der



Veröffentlichung des Forschungsberichtes frühzeitig (im Rahmen etwaiger weiterer Gesetzesvorhaben) in Angriff genommen werden müssten.

Es wurde bilanziert, dass sich das FEG insgesamt bewährt habe, auch wenn es seine Wirkung aufgrund der Pandemie zunächst nicht voll entfalten konnte. Insbesondere wurden mit dem beschleunigten Fachkräfteverfahren sehr positive Erfahrungen gemacht, wobei v. a. für die Auslandsvertretungen der elektronische Zugriff auf die Vorabzustimmungen der Ausländerbehörden und weitere Dokumente eine große Hilfe bei der beschleunigten Bearbeitung von Visumanträgen biete.

## **2.2 Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens zur Fachkräfteeinwanderung**

In seinen beiden Sitzungen befasste sich der Beirat mit der Weiterentwicklung des Rechtsrahmens zur Fachkräfteeinwanderung (s. o. III. 2 und 3).

In diesem Zusammenhang wird auf die Gefahr hingewiesen, dass die Anwender und Anwenderinnen in den Behörden die vielen Rechtsänderungen nur schwierig nachvollziehen können und somit Unsicherheit in der Rechtsanwendung aufkommen könnte. Zwar funktioniert die Anwendung bei den Zentralstellen der Länder, deren Fokus auf dem FEG liegt, sehr gut. Bei anderen Ausländerbehörden hängt es hingegen meist von der Größe und dem damit verbundenen Erfahrungsschatz ab.

Verfahrensverbesserungen seien notwendig, insbesondere eine ausreichende Personalausstattung im Interesse der Verfahrensbeschleunigung. Die Gesetzeslage sei bereits sehr gut – der Beirat könne diesbezüglich aber als Ideengeber auftreten, um den Fokus von Rechtsänderungen auf die Verbesserung der Umsetzung der bestehenden Gesetze zu lenken.

BMI weist darauf hin, dass eine Aktualisierung der allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz in diesem Zusammenhang nicht vorgesehen ist. Jedoch ist geplant, auch zu diesem Gesetz den Ländern Anwendungshinweise zur Verfügung zu stellen.

Im Verlauf der Diskussion wurde insbesondere angemahnt, bei den Gesetzgebungsverfahren die aktuell bereits erhebliche Überlastung der Ausländerbehörden sowie eine anwenderfreundliche Ausgestaltung der Verfahren in Bezug auf die Beteiligung von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden mitzudenken.

Die immer offensichtlicher werdenden verwaltungstechnischen Schwierigkeiten und Hürden werden allgemein als größte Herausforderung für das Gelingen der Fachkräfte-Strategie Deutschlands sowie die Umsetzung künftiger Gesetzesmaßnahmen angesehen. Die Lösung der Engpässe in der Verwaltung ist eine Grundbedingung für die gelingende Umsetzung von Impulsen der Gesetzgebung und muss deswegen mit erhöhter Priorität frühzeitig adressiert und vorangetrieben werden, um an sich sinnvolle und durchdachte Gesetzgebungsmaßnahmen nicht mangels Kapazitäten bei der Umsetzung scheitern zu lassen.

### **3. Steigerung der Attraktivität Deutschlands für Start-up-Gründungen aus dem Ausland**

#### **3.1 EMN-Studie zur Anwerbung und Förderung außereuropäischer Start-ups in Deutschland**

Im Rahmen der ersten Sitzung stellte der Leiter der IQ-Fachstelle Migrantenökonomie, Dr. Ralf Sängler, die Ergebnisse einer 2020 veröffentlichten Studie der nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) zur Anwerbung und Förderung außereuropäischer Start-ups in Deutschland vor.<sup>1</sup> Hieraus geht u. a. hervor, dass die Rahmenbedingungen für außereuropäische Start-ups in Deutschland im europäischen und internationalen Vergleich nicht zufriedenstellend sind, da qualifizierte Personen aus dem Ausland zwar seit vielen Jahren als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Fokus stehen, deren Gründungen und selbstständige Tätigkeiten hierzulande jedoch bisher nicht als Potential wahrgenommen werden. Beispielhaft stehe hierfür auch die Start-up-Strategie des BMWK, welche zwar einen diversen Ansatz verfolgt, mit einem besonderen Fokus auf Frauen, jedoch ohne Gründungen von Drittstaatsangehörigen besonders zu berücksichtigen.

Ein weiteres Problem sei hierbei ein Defizit bei der Kommunikation und Informationsbereitstellung der rechtlichen Bedingungen für potentielle Start-up-Gründerinnen und -Gründer mit Migrationsbezug, auch z. B. bei ausländischen Studierenden.

Hinzu kämen wiederum administrative Probleme, wie die Unsicherheiten bei der Regelungsauslegung seitens der Ausländerbehörden oder die Interpretation des für selbstständige Tätigkeiten ausländischer Staatsangehöriger geltenden § 21 AufenthG als Instrument zur Missbrauchsverhinderung.

Insbesondere das Fehlen einer gesetzlichen Regelung, bei der Start-up-Gründungen explizit mitgedacht und mitberücksichtigt sind, wird als eine entscheidende Ursache für die mangelnde Anziehungskraft Deutschlands für potentielle Start-up-Gründerinnen und -Gründer definiert. Mit der Einführung eines auf Start-ups bezogenen Aufenthaltsrechts ließen sich als weitere Ursachen womöglich zugleich die allgemeine Wahrnehmung eines komplizierten und investitionsunfreundlichen Rechtsrahmens sowie auch z. B. die konkret mangelnde Rechtssicherheit bei geringen Investitionssummen beheben. Hierbei wurden z. B. auch die Probleme bei der Finanzierung und insbesondere Kreditaufnahme aufgrund der zeitlichen Befristung des Aufenthaltsrechts ohne weitere staatliche Unterstützung diskutiert.

Sofern keine gesonderte Regelung in Betracht kommt, würden zumindest vorgegebene, einheitliche und klar kommunizierbare Anforderungen bzgl. der Formulare und Unterlagen für Start-ups einen deutlichen Mehrwert schaffen. Dies würde immerhin dazu beitragen, die uneinheitliche und defensive Verwaltungspraxis der Inlandsbehörden als ein weiteres wichtiges Hindernis bei der Anwerbung und Förderung von Start-ups einzudämmen.

Die Attraktivität Deutschlands für Start-up-Gründungen aus dem Ausland soll insgesamt als ein wichtiger Gradmesser für die Wahrnehmung Deutschlands als Zuwanderungsland für Fachkräfte im Allgemeinen verstanden werden.

---

<sup>1</sup> Grote, Janne et al: Anwerbung und Förderung von außereuropäischen Startups auf Bundes- und Landesebene, Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/EMN/Studien/wp88-startups.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/EMN/Studien/wp88-startups.pdf?__blob=publicationFile&v=9) [letzter Abruf 30.03.2023]

### 3.2 Diskussionspapier des Beirats für Forschungsmigration – „Anwerbung und Förderung von Start-up-Gründungen durch Drittstaatsangehörige in Deutschland“

Die Diskussionen und daraus erarbeiteten Handlungsoptionen zu diesem Thema führten schließlich zu dem Beschluss, im Namen des Beirats ein **Diskussionspapier** zur „Anwerbung und Förderung von Start-up-Gründungen durch Drittstaatsangehörige in Deutschland“ zu veröffentlichen, mit dem die Erarbeitung konkreter Anwendungshinweise zu § 21 AufenthG im Interesse einer einheitlicheren, liberaleren Anwendungspraxis angeregt werden soll.

Die geplante Veröffentlichung soll zugleich den Startschuss für eine verstärkte öffentliche Positionierung des Beirats durch konkrete Initiativen über den internen Austausch markieren. Das Diskussionspapier hat folgenden Inhalt:

„Die zunehmenden Appelle, Fachkräfteeinwanderung nach Deutschland basierend auf den hiesigen Bedarfen zu fördern, nehmen die **Fachkraft zumeist als (potenziellen) Arbeitnehmenden** in den Blick. Unternehmensgründungen durch Drittstaatsangehörige hingegen führen in der jüngeren Diskussion bislang eher ein Schattendasein. Dies gilt auch für Start-ups als Sonderfall von Unternehmen, die aufgrund ihrer Innovationskraft von besonderem Interesse für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland sein können. Auch in der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) im Juli 2022 **veröffentlichten Start-up-Strategie der Bundesregierung** werden Drittstaatsangehörige vorwiegend als hierfür benötigtes Personal und nicht als Gründerinnen und Gründer in den Blick genommen. Eine Zahl verdeutlicht diese Annahme: 2021 wurde bundesweit nur 644 Personen erstmals, d. h. nach Einreise oder Wechsel des Aufenthaltszwecks, eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit erteilt. Dies entspricht lediglich ca. 0,8 % aller Ersterteilungen von Aufenthaltstiteln im Rahmen der Erwerbsmigration. Start-ups werden hierbei nicht gesondert erfasst.

In Deutschland erfolgt die Einreise zur Unternehmensgründung i. d. R. im Rahmen des § 21 AufenthG, während andere **EU-Mitgliedstaaten** in den letzten Jahren spezielle rechtliche Regelungen bzw. Verwaltungsverfahren zur **Förderung von Start-ups** geschaffen haben. Auf EU-Ebene gibt es zudem im Rahmen des „Skills and Talent Package“ erste Überlegungen, ein Innovationsvisum für junge Unternehmerinnen und Unternehmer einzuführen, um damit die Zulassung von Start-up-Gründungen auf EU-Ebene zu erleichtern. Vergleichbare legislative Erwägungen wären auch für Deutschland denkbar, z. B. bei der Gestaltung eines künftigen „Punktesystems“.

Der Beirat für Forschungsmigration möchte mit dem vorliegenden, die Strategie der Bundesregierung flankierenden Papier Überlegungen zu **sechs Themenfeldern** vorstellen, wie **Start-up-Gründerinnen und -Gründer aus Drittstaaten** im Kontext der bestehenden gesetzlichen Regelungen angeworben und gefördert werden können:

#### **(1) Start-up-Gründerinnen und -Gründer aus Drittstaaten als Zielgruppe der Fachkräfteeinwanderung in den Blick nehmen**

Zur Sicherung der Fachkräftebasis für den Wirtschaftsstandort Deutschland sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Dafür müssen die **Potenziale von Start-up-Gründungen durch Drittstaatsangehörige** wahrgenommen werden. Die gezielte Förderung der Zuwanderung zu diesem Zweck sollte zu einem festen Bestandteil der wirtschaftlichen Fortentwicklung Deutschlands werden, z. B. durch die Aufnahme dezidiert an einwanderungsinteressierte Gründerinnen und Gründer

gerichteter Maßnahmen in die Start-up-Strategie der Bundesregierung. Dazu bedarf es einer Verständigung auf eine **einheitliche Definition** der zu fördernden „Start-ups“.

### **(2) Start-up-Gründerinnen und -Gründer aus Drittstaaten für Deutschland begeistern**

Bislang erfolgt keine gezielte Anwerbung von Start-up-Gründerinnen und Gründern aus Drittstaaten für Deutschland. Eine **Marketing- und Informationskampagne** in ausgewählten Drittstaaten kann das Interesse an einer Zuwanderung zur Start-up-Gründung in Deutschland steigern. Sie sollte sich jedoch an den Bedarfen und Ansprüchen potenzieller Start-up-Gründender und Investoren orientieren. Hierzu sind bestehende (informelle) Angebote, Strukturen und Netzwerke einzubeziehen, die neben dem Aufenthaltsrecht sonstige relevante Faktoren wie die Finanzierung, eventuelle sektorielle Genehmigungskriterien und geschäftliche Entwicklungsperspektiven im Blick haben. Über Inkubatoren, Investoren, Techno-Parks oder Innovationszentren lassen sich zielgerichtet konkrete Maßnahmen wie Informationsveranstaltungen in den Herkunftsländern oder Kooperationen mit Bildungsträgern und Forschungszentren ermöglichen.

### **(3) Start-up-Gründerinnen und -Gründer aus Drittstaaten informieren und beraten**

Zur Beschäftigung Zuwandernde erhalten i. d. R. durch ihre Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Hilfestellung beim Einreiseverfahren und dem Ankommen in Deutschland. Start-up-Gründerinnen und -Gründern steht eine solche Unterstützungsstruktur indes nicht immer zur Verfügung. Daher ist ein ausreichendes **Informations- und Beratungsangebot** für diese Zielgruppe besonders wichtig. Auch hier ist es sinnvoll, bestehende Beratungsangebote und Netzwerke einzubeziehen, um die Zielgruppe zu erreichen. Über diese Strukturen können aktuelle und vollständige Informationen bereitgestellt werden, z. B. in Form von Informationsbroschüren in den Sprachen der Herkunftsländer oder durch Kontaktvermittlung zu spezialisierten Beratungsstellen im In- und Ausland. Diese Angebote müssen der Zielgruppe jedoch auch bekannt sein. Hierzu ist die Schaffung einer bislang fehlenden **Übersicht über die deutsche Unterstützungslandschaft** für Start-ups im Allgemeinen und für Drittstaatsangehörige im Speziellen erforderlich. Ferner könnte das Informationsangebot zum Thema Existenzgründung auf der bereits bestehenden Unterseite des Portals „Make it in Germany“ überprüft und ggf. ausgebaut werden. Nicht zuletzt sollen die Verwaltungsprozesse durch Leitfäden der Behörden und anderen fachkundigen Stellen verständlich gemacht und bei Bedarf Unterstützung geboten werden.

### **(4) Verwaltungspraxis auf Start-up-Gründungen durch Drittstaatsangehörige ausrichten**

Die Anforderungen des § 21 AufenthG wurden bereits mehrfach gelockert und bieten den Behörden eine gute rechtliche Grundlage, um eine erfolgreiche Migration von Gründerinnen und Gründern zu ermöglichen. Alle Neuerungen und eine moderne Sichtweise auf die Anwerbung von Start-ups kann die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz aus dem Jahr 2009 zwangsläufig nicht mehr widerspiegeln. Eine einheitliche und liberale Verwaltungspraxis könnte gefördert werden durch die **Erstellung aktueller Anwendungshinweise** einschließlich eines Verweises auf das Potenzial von Start-ups für die Fachkräftesicherung und -gewinnung Deutschlands. Mit den Anwendungshinweisen sollten zugleich behördenübergreifende Formulare, Unterlagen und Checklisten bereitgestellt werden. Eine Evaluierungsstudie könnte hierbei perspektivisch erkunden, wie das Verfahren – ggfls. unter stärkerer Einbeziehung der Expertise der Wirtschaft – weiter verbessert werden kann, z. B. bei der Bewertung von Businessplänen. Insbesondere sollten Finanzierungszusagen von Investoren bei

der Prüfung der Einreisevoraussetzungen von den zuständigen Behörden angemessen berücksichtigt werden.

#### **(5) Einreiseverfahren zur Start-up-Gründung erleichtern und beschleunigen**

Die sprachlichen Anforderungen sind für Gründerinnen und Gründer eine besonders große Hürde, denn im Visumverfahren müssen sie teils komplexe und technische Dokumente in deutscher Sprache vorlegen. Eine wesentliche Erleichterung im Interesse des hiesigen Wirtschaftsstandorts böte z. B. eine Öffnung des aufenthaltsrechtlichen Verwaltungsverfahrens für eine (partielle) **Akzeptanz v. a. englischsprachiger Dokumente**. Dies erspart Übersetzungen und vereinfacht das Verfahren.

Da das beschleunigte Fachkräfteverfahren von Drittstaatsangehörigen zur Gründung eines Start-ups nicht genutzt werden kann, könnte im Interesse einer besseren Planbarkeit des Visumverfahrens die Einführung einer **maximalen Bearbeitungsdauer** förderlich sein.

#### **(6) Finanzierung von Start-up-Gründungen durch Drittstaatsangehörige ermöglichen**

Aktuell sind Unterstützungs- und Finanzierungsangebote vorwiegend auf Start-ups im Allgemeinen ausgerichtet. Daher bedarf es eines Ausbaus und einer Förderung von speziell auf Drittstaatsangehörige und deren Bedarfe und Anforderungen zugeschnittenen Angebotsstrukturen. Da Kreditaufnahmen am freien Markt oftmals an der Befristung von Aufenthaltserlaubnissen nach § 21 AufenthG scheitern, dürfte es insbesondere förderlich sein, Instrumente zu schaffen, die Drittstaatsangehörigen eine **Finanzierung ihres Vorhabens** ermöglichen.“

### **3.3 Ergänzende Diskussion im Beirat**

In der zweiten Sitzung am 17. November 2022 wurde die vorangegangene Diskussion zum Thema Start-ups nochmals aufgegriffen und anhand eines nunmehr vorliegenden Entwurfs für das Diskussionspapier des Beirats vertieft über zentrale Hindernisse und Anreize für die Anwerbung und Förderung von Start-up-Gründungen durch Drittstaatsangehörige in Deutschland beraten.

Auslandswerbekampagnen zu Start-ups wurden diesbezüglich als wenig zielführend erachtet, da viele Kriterien zu berücksichtigen seien, die in einem derartigen Kontext nicht ausreichend adressiert werden könnten.

Allgemein solle statt der Behördensicht eher die Sicht von Investoren und potentiellen Start-up-Gründenden in den Fokus genommen werden und das Angebot an bestehende (Beratungs-)Angebote angepasst werden. Der Kontakt zu Unternehmensgründern der gleichen Nationalität könnte Drittstaatsangehörigen, die sich noch im Ausland befinden und in Deutschland ein Start-up gründen möchten, helfen. Weiterhin müsse Input durch nicht-behördliche bzw. nichtstaatliche Experten gewonnen werden.

Auf gesetzlicher Seite müssten Vorfahrtstraßen für gewünschte Start-up-Gründungen und Sonderwege für Top-Talente geschaffen werden.

Auf Verwaltungsebene wurde ein weiteres Problem darin gesehen, dass Informationen und Formulare ausschließlich auf Deutsch vorliegen und auch ansonsten Deutsch als ausschließliche Verwaltungssprache fungiert. Um internationale Investoren (und Fachkräfte im Allgemeinen) anzuziehen, sollte die Abwicklung von Verwaltungsprozessen jedoch grundsätzlich auch auf Englisch ermöglicht werden. In einem ersten Schritt könnte zumindest die (partielle) Akzeptanz englischsprachiger Dokumente in Behörden ermöglicht werden. Weiterhin wird die Bereitstellung

eines Leitfadens zu den notwendigen Verwaltungsprozessen bei der Anwerbung von Start-ups angeregt.

In Bezug auf die Frage der Finanzierung durch Kapitalgeber wird die Einführung eines Gremiums zur Überprüfung und Feststellung von vertrauenswürdigen Kapitalgebern (ähnlich wie im Anerkennungsverfahren für Forschungseinrichtungen nach § 38a AufenthV) diskutiert, wogegen sich einzelne Beiratsmitglieder aussprechen, da dies eine Missbrauchsgefahr berge und staatliche Gremien zudem nicht in der Lage seien, Potenziale von Start-ups zu identifizieren. Alternativ wurde über die Möglichkeit einer Regelung mittels eines Punktesystems nachgedacht.

Diesbezüglich wird auch angeregt, von Seiten der Behörden gegenüber den Unternehmen mehr Vertrauen in die Auswahl von Fachkräften entgegenzubringen, wobei sich der Staat beispielsweise bei den Voraussetzungen zur Vergabe von Aufenthaltstiteln an Entscheidungen von Kapitalgebern orientieren und ansonsten auf Sicherheitsaspekte beschränken könnte.

#### **4. Praxisprobleme auf Verwaltungsebene**

In der weiteren Diskussion wurde von Rückmeldungen aus ABHen berichtet, die aufgrund der allgemeinen und aktuell zusätzlichen Überlastung durch die Ukraine-Krise Fälle im Bereich der Fachkräfteeinwanderung z. T. explizit zurückstellen. Ursachen seien insbesondere bei kleineren ABHen die aus Kapazitäts- und Ressourcengründen oftmals fehlende Spezialisierung innerhalb der Behörden sowie die mangelnde Digitalisierung der Verfahren innerhalb und zwischen den Behörden.

Es wurde diskutiert, welche Instrumente hierbei kurzfristig Entlastung schaffen könnten. Als mögliche Beispiele werden Verschweigungsfristen insbesondere im Visumverfahren oder – in Anlehnung an die vorangegangene Diskussion zu Start-ups – auch Vorfahrtstraßen für vertrauenswürdige Arbeitgebende genannt.

In Bezug auf die Visumbeantragung wurde ferner berichtet, dass viele Botschaften weiterhin von Antragstellenden die Vorlage der Original-Vorabzustimmung der BA verlangen.

Hierzu berichtet AA, dass die Rechtsgrundlage für die Speicherung der Vorabzustimmungen der BA im AZR bereits besteht, aber noch die technische Umsetzung durch die BA und das BVA aussteht. Ein anderer gesicherter digitaler Übertragungskanal stehe nicht zur Verfügung. Durch die technische Umsetzung wird die Hürde des postalischen Versands der Vorabzustimmungen absehbar nicht mehr bestehen.

Darüber hinaus werde an einer Verschlinkung des Visumantragsverfahrens gearbeitet. So werden u.a. die bestehenden Schweigefristverfahren gem. § 31 Abs. 1 S. 4 und S. 5 AufenthV auf ihre Zweckmäßigkeit hin überprüft (zehn Tage bei Visa zu Beschäftigungen und ABH-Beteiligung nur bei Feststellung relevanter Voraufenthalte sowie drei Wochen und zwei Werktage bei Studierenden und Forschenden – soweit keine Zustimmungsfreiheit nach §§ 34 und 35 AufenthV besteht).

Im Beirat wird angeregt, ähnlich zu früheren Formaten eine Veranstaltung mit Unternehmen zu organisieren, um sich mit diesen über deren Anforderungen und Wünsche auszutauschen.

Ein möglicher konkreter Mehrwert des Beirats könne darin bestehen, dass dieser künftig primär Anregungen und Impulse aus der „Kundenperspektive“ von Antragstellenden und Arbeitgebenden sowie von Behörden aus den unteren Verwaltungsebenen in den Blick nimmt und diskutiert.

## V. Ausblick

Der aktuelle Referentenentwurf der Bundesregierung zum Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung zielt auf die Förderung der Zuwanderung ausländischer Fachkräfte ab und beruht auf einem Drei-Säulen-Modell: Fachkräftesäule, Erfahrungssäule und Potenzialsäule (Stand März 2023). Im Ausland erworbene Qualifikationen, Berufserfahrungen und Kenntnisse werden somit stärker berücksichtigt und sollen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern.

Darüber hinaus soll die reformierte Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung (Blaue Karte EU) bis zum 18. November 2023 ins nationale Recht umgesetzt werden.

Der Beirat für Forschungsmigration wird diese gesetzlichen Entwicklungen verfolgen, sie im Zeichen der Verbesserung der Verwaltungsverfahren begleiten und das Bundesamt hierzu beraten. Die Weiterentwicklung der Verwaltungsverfahren ist neben Information und Beratung sowie Integration einer der Kernbereiche des Bundesamtes als zentraler Akteur der Fachkräfteeinwanderung.

Das 2022 vom Beirat entworfene Diskussionspapier zur „Anwerbung und Förderung von Start-up-Gründungen durch Drittstaatsangehörige in Deutschland“ wird im Laufe des Jahres 2023 veröffentlicht; weitere Entwicklungen in diesem Bereich werden vom Beirat ebenso beobachtet und unterstützt.

Die Forschungsmigration und deren Bedeutung für den deutschen Wissenschaftsstandort als ursprüngliche Aufgabe wird ebenfalls weiterhin im Blick behalten.

Hinsichtlich der Aufgaben und der Besetzung des Beirates soll mit dem geplanten Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung die inhaltliche und personelle Ausweitung zu einem Beirat für Forschungsmigration und Fachkräfteeinwanderung durch entsprechende Änderungen in § 38d AufenthV und § 75 Nr. 10 AufenthG rechtlich verankert werden.

Die erste Sitzung des Beirats im Jahr 2023 soll – aufbauend auf den bis dahin erfolgten gesetzlichen Neuerungen – im Zeichen der Verbesserung der Verwaltungsverfahren stehen und mit Blick auf Best Practices zur Diskussion von Veränderungsoptionen genutzt werden.

Auch künftig wird der Beirat hierzu Expertise von im Beirat nicht vertretenen Praktikern und Praktikerinnen, z. B. aus Ausländerbehörden, einladen und bewerten.

Hieraus sollen künftig weitere Impulspapiere mit den Erkenntnissen und Lösungsvorschlägen des Beirats zu einer Verbesserung der Verwaltungsverfahren entstehen.



# Anlage: Steckbriefe der Beiratsmitglieder

## Mitglieder des Beirats gemäß § 38d Abs. 5 AufenthV

Prof. Dr. Daniel Thym - Vorsitzender des Beirats für Forschungsmigration



Mehr Informationen zu  
[Herrn Prof. Dr. Thym](#)

### Kurzprofil

Stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) (bis 31.12.2022)

Seit 2010 Professor für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht, Universität Konstanz

Direktor des Forschungszentrums Ausländer- & Asylrecht (FZAA), Universität Konstanz

Sprecher des Standorts Konstanz des bundesweiten Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

Deutsches Mitglied im europäischen Odysseus-Netzwerk für Wissenschaftler im Ausländer- und Asylrecht

### Zentrale Themen

Deutsches, europäisches und internationales Migrations- und Flüchtlingsrecht; Staatsangehörigkeit und Integration; Entwicklung der Europäischen Union; Grundrechtsschutz in Deutschland und Europa

MinR Ralf Maier – auf Vorschlag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)



Mehr Informationen zum  
[BMBF](#)

### Leiter des Referats 411 „Hochschulrecht; Exzellenzstrategie; DFG“, BMBF

(Zuständigkeitsbereiche u. a. allg. Hochschulpolitik, Hochschulrecht, Wissenschaftszeitvertragsgesetz, Zuwanderung Studierende und Forschende, Exzellenzstrategie von Bund und Länder, Koordinierungsreferat der DFG)

Mitglied im Hauptausschuss und im Bewilligungsausschuss für die Sonderforschungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

Mitglied des Forschungsausschusses des Wissenschaftsrates

Mitglied im Beirat zur Forschungsmigration im BAMF

Seit 2000 im BMBF in verschiedenen Positionen

Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Konstanz



Dr. Christine Meyer – Vertretung von MinR Ralf Maier



Mehr Informationen zum  
[BMBF](#)

**Referentin des Referats 411 „Hochschulrecht, Exzellenzstrategie, DFG“, BMBF**

(Zuständigkeitsbereiche u. a. allgemeine Hochschulpolitik, Hochschulrecht, Zuwanderung Studierende und Forschende sowie europäische und internationale Fragen des Hochschulsystems)

Seit 2016 im BMBF und zuvor u. a. zuständig für Europäische Zusammenarbeit und Bildungspolitik der EU sowie allgemeine Bildungspolitik.

Dozentin für deutsches, europäisches und internationales Recht an der University of Birmingham

Studium der Rechtswissenschaften und Promotion im Völkerrecht an der Universität Leipzig

Dr. Jochen Zühlcke – auf Vorschlag des Bundesrates



Mehr Informationen zur  
[Abteilung 9 im  
Regierungspräsidium  
Karlsruhe](#)

**Abteilungspräsident im Regierungspräsidium Karlsruhe**

Mitautor des Hypertextkommentars zum Ausländerrecht (HTK-AusR)

Seit 2004 im Landesdienst Baden-Württemberg in verschiedenen Funktionen:

- Leiter der Abteilung für Flüchtlingsangelegenheiten im Regierungspräsidium Karlsruhe
- Leiter des Grundsatzreferats und stv. Leiter der Abteilung Grundsatzfragen der Integration im Integrationsministerium
- Stv. Leiter des Referats Ausländerrecht im Innenministerium
- Stv. Leiter des Referats Asylrecht/Rückführung im Regierungspräsidium Karlsruhe
- Ordnungsdezernent im Landratsamt Calw

Studium der Rechtswissenschaften und Promotion im Öffentlichen Recht an der Universität Freiburg

Thomas Böhm – auf Vorschlag der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)



**Leiter Referat C5 für Ausländerstudium und Fragen der akademischen Anerkennung, Hochschul- und Wissenschaftsbeziehungen zu Afrika und dem Nahen Osten, Hochschulrektorenkonferenz (HRK).**

Davor in verschiedenen Positionen beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) im arabischen Ausland, u. a. leitete ich das DAAD-Informationszentrums Golfstaaten in Abu Dhabi, VAE und war Leiter des „German Center“ an der German University in Kairo, Ägypten.

Magister-Studium der Arabistik, Politik- und Islamwissenschaften an der Freien Universität Berlin.

Kathrin Kohs – auf Vorschlag der Deutschen Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG)



Mehr Informationen zur  
[DFG](#)

**Stellvertretende Gruppenleiterin „Internationale Zusammenarbeit“ seit 2017**

Von 2010 bis 2017: Persönliche Referentin des Vorstands der DFG; 2009 und 2010: Referentin bei der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) in Bonn (Abordnung von der DFG).

Nach dem 2. Staatsexamen (Rechtswissenschaften) am OLG Düsseldorf (Schwerpunkt Europarecht) und einer Ausbildung zur Fachanwältin für Arbeitsrecht war sie u. a. bei der Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen (KoWi) in Bonn und Brüssel tätig. Sodann erfolgte in 2007 ein Wechsel zu der DFG verbunden mit der Koordination von EU-Projekten und der Betreuung von nationalen wie internationalen DFG-Graduiertenkollegs.

Frau Kohs ist derzeit u. a. mit der administrativen Koordination der weltweiten DFG-Auslandsbüros und Rahmenbedingungen von Auslandsaufenthalten befasst.

Dr. Annette Weerth – auf Vorschlag des Auswärtigen Amtes

**Leiterin des Referats für Einwanderungs- und Asylrecht sowie Visapolitik im Auswärtigen Amt in Berlin**

Dr. Annette Weerth studierte Rechtswissenschaft an der Universität in Trier, Sevilla und Bonn und besitzt einen Dokortitel im Völkerrecht. Sie arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht in Heidelberg und absolvierte 2005 ihr Rechtsreferendariat in Frankfurt am Main.

Frau Dr. Weerth ist seit dem Jahr 2005 im Auswärtigen Amt tätig. Sie arbeitete an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im Europarat, in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes, als Leiterin der Abteilung für Wirtschaftliche Beziehungen an der Deutschen Botschaft in Santiago de Chile sowie als stellvertretende Leiterin der Abteilung für Strafrecht und besondere internationale Strafgerichtshöfe. Seit August 2019 ist Frau Dr. Weerth Leiterin des Referats für Einwanderungs- und Asylrecht sowie Visapolitik des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Sprachen: Deutsch, Englisch, Spanisch, Französisch

Dr. Nicolas Keller – auf Vorschlag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDI/BDA)



Mehr Informationen zu  
[Herrn Dr. Keller](#)

**Stellvertretender Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt der BDA**, u. a. zuständig für Fachkräftesicherung, Zuwanderung und Integration, Arbeitsmarktforschung und -statistik

Seit 2017 bei der BDA in der Abteilung Arbeitsmarkt beschäftigt, davor wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Arbeitsmarktökonomik und Neue Politische Ökonomik der Universität Heidelberg

Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Mannheim und Kopenhagen, Promotion an der Universität Heidelberg

Sonja Staack - auf Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)



**Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Bundesverwaltung Leitung Bundesfachkommissionen Hochschule und Forschung**

Mitglied im Kuratorium der Technischen Universität Berlin

2018-2021 Stellvertretende Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg

zuvor Referentin im Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Studium der Chemie und Journalistik in Hamburg und Sevilla

Dr. Christian Tidona – auf Vorschlag des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK)



Mehr Informationen zu  
[Herrn Dr. Tidona](#)

Christian Tidona is a **biotech entrepreneur, business angel, and founder of the BioMed X Institute** in Heidelberg, Germany (<https://bio.mx>). He studied molecular biology and received his doctoral degree in virology from the University of Heidelberg.

Throughout his entire professional life, his focus was always to seed innovation at the interface between academia and industry. Christian is co-founder of BioRN, the cluster management organization at the center of one of the strongest biomedical innovation hubs in Europe, co-founder of the Heidelberg Institute for Stem Cell Technology and Experimental Medicine HI-ST EM, member of the International Board of the Weizmann Institute of Science, and member of the Board of Directors of Yeda Research and Development, one of the world's most renowned technology transfer organizations in Israel.

Christian is married and father of two children.

## Mitglieder im Wege der Kooption

Björn Borgwardt – auf Vorschlag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS)



**Leiter des Referats IIa4 Grundsatzfragen der Flüchtlingspolitik, Ausländerrecht und Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer**

Seit 2006 beschäftigt im BMAS, seit 2015 mit dem Schwerpunkt Migration und Ausländerrecht.

Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Konstanz und der Freien Universität Berlin

Dr. Charlotte Lauer - auf Vorschlag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK, zuvor BMWi)



**Leiterin des Referats AstMi2 Fachkräftesicherung**

Seit 2005 in verschiedenen Funktionen für die Bundesregierung tätig:

- Leiterin der Referate „Fachkräftesicherung“, „Fachkräfte, Integration von Flüchtlingen, digitale Bildung“ und „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ im BMWi
- Referentin zu Fragen der Wirtschaftspolitik, der bilateralen Beziehungen zu EU-Ländern, der Innovations- und Bildungspolitik sowie in der Pressestelle im BMWi, Bundeskanzleramt und BMBF

Zuvor Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Pariser Ecole Supérieure des Sciences Economiques et Commerciales (ESSEC), Master of European Economics am Europa-Institut der Universität des Saarlandes, Promotion (Dr. rer. pol.) an der Universität Mannheim und Forscherin am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Dr. Christian Schäfer - auf Vorschlag des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)



**Seit 2001 Referatsleiter beim DAAD, mit verschiedenen Zuständigkeitsbereichen:**

- Seit 2015: Forschung und Studien
- 2009-2014: Internationalisierung der Forschung
- 2001-2008: Nordamerikareferat

Vorher:

- 1988-1998: Wissenschaftliche Tätigkeit im Bereich Pflanzenphysiologie an der Universität Bayreuth (Habilitation 1994)
- 1987-1988: Postdoc-Aufenthalt in den USA (Stanford)
- 1983-1987: Promotion Dr. rer. nat. (TU Darmstadt)
- 1977-1982: Diplomstudium (Biologie) Universität Frankfurt

## Die Verfasserinnen und Verfasser

Die Verfasserinnen und Verfasser des vorliegenden Jahresberichtes sind im Referat 72A für Aufenthaltsrecht, Fachkräfteeinwanderung, EU-Mobilität des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge tätig:

- federführender Autor: Karl Leitloff
- Mitautorin: Corinne Borjon-Krake
- Mitautor: Oliver Heinrich
- Mitautorin: Dr. Cordelia Carlitz

## Impressum

### Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,  
Referat 72A, Geschäftsstelle des Beirats für Forschungsmigration

### Stand

03/2023

### Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

### Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

### Bildnachweise

S. 5, 6, 15: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

S. 24: Prof. Dr. Daniel Thym, eigene Aufnahme; Ralf Maier, eigene Aufnahme

S. 25: Dr. Christine Meyer, Studioline Fotostudio Leipzig; Dr. Jochen Zühlcke, eigene Aufnahme; Thomas Böhm/HRK

S. 26: Kathrin Kohs/DFG

S. 27: BDA/Andreas Timm; Sonja Staack/DGB; Caro Höhne/BioMed X GmbH

S. 28: Björn Borgwardt/BMAS; Dr. Charlotte Lauer/BMWK; Eric Lichtenscheidt

Diese Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

[www.facebook.com/bamf.socialmedia](https://www.facebook.com/bamf.socialmedia)

[@BAMF\\_Dialog](https://www.instagram.com/BAMF_Dialog)

[www.bamf.de](https://www.bamf.de)

